

## Antwort

### der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Irmingard Schewe-Gerigk, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 16/140 –

### **Menschenrechtsituation von Homosexuellen in den Vereinigten Arabischen Emiraten**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) wollen Presseberichten zufolge eine Gruppe festgenommener Homosexueller einer zwangsweisen Hormonbehandlung unterziehen (Meldung der Agentur Reuters vom 30. November 2005). Nach diesen Berichten hatten Sicherheitskräfte bei einer Razzia in einem Hotel 26 Schwule aus asiatischen und arabischen Ländern festgenommen, die dort ein Fest veranstaltet hatten. Die festgenommenen Ausländer sollen ausgewiesen und die Einheimischen „psychologisch, medizinisch und soziologisch behandelt“ werden. Einigen von ihnen sollen männliche Hormone verabreicht werden.

Das US-Außenministerium hat die Festnahmen öffentlich verurteilt und die Regierung der VAE aufgefordert, von jeder Form der Hormontherapie oder psychologischen Behandlung abzusehen.

1. Treffen die Medienberichte über die Festnahme von Homosexuellen in den Vereinigten Arabischen Emiraten und die Androhung, einige der Festgenommenen Zwangsmaßnahmen wie einer Hormonbehandlung zu unterziehen nach Kenntnis der Bundesregierung zu, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diesen Sachverhalt?

Nach der Bundesregierung vorliegenden Informationen wurden Anfang November 2005 bei einer Razzia der Polizei der Vereinigten Arabischen Emirate in einem Hotel bei Ghantout 26 Männer festgenommen, die nach Polizeieinschätzung eine homosexuelle Hochzeitszeremonie begingen. Die Festgenommenen sollen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, aus arabischen Nachbarländern sowie aus Asien stammen. Sie befinden sich nach Informationen der Bundesregierung derzeit noch in Polizeigewahrsam. Es wird damit gerechnet, dass gegen sie Gerichtsverfahren wegen gemäß dem Strafrecht der Vereinigten Ara-

bischen Emirate strafbarer Tatbestände („unzüchtige Handlungen“, „Ehebruch“ und „Prostitution“) eröffnet werden.

Das Innenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate dementierte am 29. November 2005 Zeitungsberichte über angeblich vorgesehene Hormonbehandlungen der Verhafteten. Es habe zu keiner Zeit zwangsweise Hormonbehandlungen oder andere medizinische Maßnahmen gegen die Festgenommenen gegeben. Dies sei auch zu keiner Zeit beabsichtigt gewesen. Das Innenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate wies den Protest des Sprechers des US-Außenministeriums in dieser Angelegenheit zurück, der sich allein auf Presseagenturmeldungen gestützt habe.

Der Bundesregierung liegen keine weitergehenden Erkenntnisse zu dem Sachverhalt vor.

2. Schließt sich die Bundesregierung der Verurteilung der Festnahmen und der angedrohten Zwangsmaßnahmen durch die US-Regierung an?

Wenn ja, in welcher Form hat oder wird die Bundesregierung ihren Protest gegenüber den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Ausdruck bringen?

Wenn nein, warum nicht?

Das Innenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate hat auf Nachfrage durch die deutsche Botschaft in Abu Dhabi unterstrichen, dass die Festgenommenen keine Maßnahmen wie Hormonbehandlungen oder andere medizinische Eingriffe zu befürchten hätten. Es handle sich bei Meldungen hierzu um ein Missverständnis.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die generelle Menschenrechtslage von Lesben und Schwulen in den Vereinigten Arabischen Emiraten?

Homosexualität ist in den Vereinigten Arabischen Emiraten als „unzüchtige Handlung“ verboten. Vorkommnisse der oben beschriebenen Art sind zuvor jedoch nicht bekannt geworden. Dies kann auf die grundsätzlich zu beobachtende Praxis der Vereinigten Arabischen Emirate zurückgeführt werden, ähnliche Fälle bei fehlender Außenwirkung zu dulden.

Die Bundesregierung wendet sich im Rahmen europäischer und internationaler Foren konsequent gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und wird den Fortgang des Falles weiter beobachten.